

Wie überwinden wir die Umweltkrise? : Vortrag von Prof. Dr. O. Rohweder

Autor(en): **Rohweder, O.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **69 (1975)**

Heft 2

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142434>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wie überwinden wir die Umweltkrise?

Vortrag von Prof. Dr. O. Rohweder

Seit einigen Jahren list die Umweltkrise in aller Munde. Worin sie allerdings besteht, wo ihre Ursachen zu suchen sind, wie ernst sie zu nehmen ist, darüber gehen die Ansichten meist weit auseinander. Ich muß zunächst meine eigene Auffassung erläutern; daraus, hoffe ich, wird sich dann fast von selbst ergeben, was meiner Meinung nach geschehen müßte, um die drohenden Gefahren abzuwenden.

Von entscheidender Bedeutung dürften zwei Vorgänge sein: Die Vermehrung der Weltbevölkerung und die wissenschaftlich-technische Entwicklung mit allen ihren direkten und indirekten Folgeerscheinungen. Beides hängt natürlich miteinander zusammen. Wissenschaft und Technik haben die Bevölkerungsexplosion erst möglich gemacht und mitverursacht, und umgekehrt steigert die hohe Bevölkerungszahl die schädigenden Einflüsse des Menschen auf seine Umwelt.

Was die Überbevölkerung betrifft, kann ich mich kurz fassen. Die davon ausgehende akute Bedrohung beruht in erster Linie auf der Verknappung der Nahrungsmittel. Schon heute leidet ein Drittel der Menschheit Hunger, und die Zukunftsaussichten sind trübe. Konnte bisher die Nahrungsmittelproduktion mühsam mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten, so zeichnet sich jetzt eine Niederlage in dem Wettrennen ab; die Menge der Nahrungsmittel pro Kopf beginnt abzunehmen und wird mit aller Wahrscheinlichkeit weiter abnehmen.

Das geht nicht nur die Dritte Welt an, denn auch Europa, besonders Westeuropa, ist überbevölkert. Butter- oder Rindfleischberge dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Nahrungsmittelversorgung unter den heute gegebenen Voraussetzungen von importierten Futter- und Düngemitteln abhängig ist. Das bedeutet zweierlei. Einmal essen wir unsere Hühnchen und Steaks auf Kosten der hungernden Menschen in den Entwicklungsländern, zum andern wird mit zunehmender Verknappung der Nahrungsmittel in der Welt auch unsere eigene Versorgung gefährdet.

Schattenseiten der Industrialisierung

Komplizierter sind die Folgen der technischen Entwicklung. Am Anfang steht der Einsatz von Maschinen anstelle menschlicher und tierischer Muskelkraft. Maschinen bewirken, daß weniger Menschen in der gleichen Zeit das zum Leben Notwendige produzieren können. Dadurch werden Arbeitskräfte frei, die andere, weniger notwendige Dinge herstellen können. Das erscheint zunächst als Fortschritt, als Bildung

und Vermehrung von Wohlstand. Indessen hat sich dieser Prozeß der Rationalisierung, der Freistellung von Arbeitskräften, der Produktionsausweitung fortgesetzt und sich immer mehr beschleunigt. Wir nennen das Wirtschaftswachstum und Steigerung des Bruttosozialproduktes. Alles hat jedoch seinen Preis, und wir bezahlen unseren Überfluß auf vielfache Weise.

1. Die erneuerbaren natürlichen Hilfsquellen wie pflanzliche und tierische Erzeugnisse, Wasserkraft, Wind, Sonnenenergie reichen nicht mehr aus, den sogenannten «Bedarf» zu decken. Wir greifen daher auf nicht erneuerbare Rohstoffe und Energiequellen zurück, das heißt statt von den Zinsen, wie es vernünftig wäre, leben wir vom Kapital, und nicht nur das: unser ganzes Wirtschaftssystem steht und fällt heute mit dem Raubbau an natürlichen Ressourcen, deren Erschöpfung teilweise bereits in greifbare Nähe gerückt ist.

2. Primäre Energieträger für unsere Maschinen sind heute weitaus überwiegend Öl, Kohle und Erdgas; bei der Umsetzung in nutzbare Energie erzeugen sie Gase und Schwebstoffe, die die Luft verschmutzen oder gar vergiften, und nicht zuletzt auch Abwärme, die bei fortgesetzter Steigerung in kaum vorhersehbarer Weise das Klima beeinflussen kann. In Zukunft werden wir in zunehmendem Maße auch mit radioaktiven Partikeln zu rechnen haben.

3. Immer raffiniertere Produkte und ausgeklügeltere Produktionsmethoden erfordern die Verwendung und Verarbeitung von immer neuen Stoffen, die als störende Fremdkörper und zum Teil als ausgesprochene Gifte in die Biosphäre eingebracht werden wie zum Beispiel DDT und PCB, Stickoxide oder verschiedene Schwermetalle.

4. Maschinen machen Lärm, der in den Städten vielfach unerträglich geworden ist, der aber bereits auch in die entlegensten Gebiete dringt, wo wir unsere Ruhe zu finden hofften. Über die gesundheitlichen und vor allem die psychischen Auswirkungen dieser unaufhörlichen und unentrinnbaren «Beschallung» braucht nicht viel gesagt zu werden.

5. Der mit der Industrialisierung wachsende «Bedarf» macht uns nicht nur von den vorhandenen Vorräten an Energieträgern und Rohstoffen abhängig, sondern auch von der Möglichkeit, diese billig zu importieren. Die Ereignisse vor einem Jahr und die noch immer anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Folge der Ölkrise lassen uns ahnen, was in dieser Hinsicht auf uns zukommt. Uran, das sollten wir dabei bedenken, gibt es in Europa nicht mehr als Öl, und ebenso müssen wichtige Rohstoffe wie Phosphat, Kupfer, Aluminium, Zinn, Zink, Blei und Eisen eingeführt werden. z. T. fast zu 100 Prozent.

Wir sind aber darauf angewiesen, Industrieprodukte zu exportieren; Absatzschwierigkeiten bringen uns ebenso in Bedrängnis wie ungenügende oder zu teure Importe. Im übrigen dürfen wir nicht ver-

gessen, daß diese Art des Güterausstauschs, mit dem wir unsere hoch-industrialisierte Wirtschaft in Gang halten, nämlich der Tausch teurer Fertigprodukte gegen billige Rohstoffe, zu einem sehr erheblichen Teil zu Lasten der Entwicklungsländer geht.

6. Die zunehmende Kompliziertheit unserer technischen Welt, die fortschreitende Konzentration in der Produktion und Energieerzeugung machen das ganze System immer anfälliger und verwundbarer. Streiks, Unglücksfälle und Sabotageakte können, wenn sie neuralgische Punkte treffen, immer größere und unter Umständen in weitem Umkreis lebensbedrohende Wirkungen ausüben. Man stelle sich vor, eine zu allem entschlossene Terroristengruppe würde einen Plutonium-Transport in ihre Gewalt bringen!

7. Unsere Luxusgüter beanspruchen immer mehr Platz, nicht minder die Fabriken, in denen sie hergestellt, die Einkaufszentren, in denen sie verteilt, die Transportmittel, mit denen sie befördert werden. Mit dem Wachstum der Industrie nimmt die Verstädterung zu und wuchern die Städte wie Krebsgeschwüre in die Landgebiete hinein; die natürliche oder naturnahe Landschaft, das heißt der Lebensraum der Pflanzen, Tiere und auch des Menschen wird mit zunehmender Geschwindigkeit zerstört. Viel wertvolles Acker- und Weideland geht verloren.

Aber das ist es nicht allein. Der Mensch ist nicht geschaffen für eine Kunstwelt aus Stahl, Beton, Asphalt und Plastik. Ob er sich dessen bewußt ist oder nicht, er entbehrt das Leben in einer natürlichen Umwelt, und der erlittene Mangel ist zweifellos mitverantwortlich für das verbreitete Unbehagen, für seelische und psychische Störungen aller Art, mit denen wir vor allem in den Städten zu tun haben.

8. Die Industrialisierung vollzieht sich notwendig auf Kosten der bäuerlichen und handwerklichen Kleinbetriebe sowie des privaten Kleinhandels. Immer mehr Menschen sind auf einen entlohnten Arbeitsplatz angewiesen, und damit wird ihnen die Möglichkeit genommen, aus eigener Kraft für sich selbst und ihre Familie zu sorgen. Was das bedeutet, haben wir in der letzten Zeit ungehemmten wirtschaftlichen Wachstums vergessen, aber es beginnt uns wieder eindringlich bewußt zu werden, seitdem erneut das Gespenst der Arbeitslosigkeit umgeht.

9. Die großen Industriebetriebe, die Städte, der moderne Staat sind unüberschaubar geworden und der Einzelne ist nicht mehr in der Lage, für das Ganze verantwortlich zu handeln. Es ist daher nicht zu verwundern, daß vielfach die Meinung aufgekommen ist, wir hätten nur noch eine formale Demokratie, in der alle wirklich wichtigen Entscheidungen den Experten vorbehalten bleiben. Es kann auch nicht überraschen, daß weithin das Bewußtsein einer Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit verlorengelht und jeder seinen eigenen kleinen, kurzfristigen Vorteil sucht.

Diese bedenkliche Situation ist nicht, wie man ganz links außen vielfach zu glauben scheint, nur eine Art soziologischer Fehlentwicklung, die sich innerhalb der Industriegesellschaft durch die Beseitigung gewisser Machtstrukturen korrigieren ließe. Die Herrschaft der Experten, die Technokratie, steht vielmehr in einem unlösbaren Zusammenhang mit unserer industriellen Überentwicklung und könnte daher bestenfalls durch eine neue Technokratie ersetzt werden.

10. Ein befriedigender sozialer Ausgleich scheint in den Industriegesellschaften prinzipiell unerreichbar zu sein. Dafür sprechen nicht nur unsere bisherigen Erfahrungen in Ost und West, sondern auch die erwähnten unvermeidlichen Konsequenzen der Industrialisierung: die Unentbehrlichkeit einer technokratischen Führungsspitze und die Abhängigkeit der großen Mehrheit der Bevölkerung von einem Arbeitsplatz, über den andere, seien es Arbeitgeber oder Funktionäre, verfügen. (Vergleichen wir die Ausführungen von E. Bader, S. 70. Red.)

11. Soziale Spannungen, Drogensucht, politische Gewalttätigkeit, wachsende Kriminalität sind weitere Folgen der künstlichen Umwelt, der gefährdeten Existenzgrundlage, der politischen Abseitsstellung und der sozialen Ungerechtigkeit. Zu den Folgen müssen wir schließlich auch das übersteigerte Konsumbedürfnis und die Verschwendungssucht rechnen. Sie mögen vergleichsweise harmlos erscheinen, ihre unheilvolle Bedeutung liegt aber darin, daß sie den Teufelskreis schließen, indem sie ihrerseits die Industrialisierung vorantreiben.

Ich bin sicher, daß der Problemkatalog noch unvollständig ist. Es wird aber wohl deutlich geworden sein, daß in meinen Augen die **Umweltkrise nicht nur ein kleiner Defekt** ist, der sich durch einige technische Maßnahmen reparieren ließe. Kläranlagen und Abgasfilter sind wichtige Dinge, aber wir dürfen nicht glauben, daß sie genügen, um unsere Welt wieder in Ordnung zu bringen. **Die akuten Gefahren, denen wir uns gegenübersehen, sind eine unausweichliche Konsequenz unserer Lebensweise insbesondere der Industrialisierung** in ihrem heutigen Ausmaß und mit allen ihren Auswirkungen.

Notwendige Einschränkung und wirtschaftliche Umorientierung

Wenn wir der ökologischen Krise wirklich Herr werden und nicht nur mit kosmetischen Mittelchen an den Symptomen herumkurieren wollen, dann müssen wir die Entwicklung zum Stillstand bringen, die uns in diese gefährliche Situation gebracht hat. Wir müssen uns daher mit dem Gedanken vertraut machen, daß tiefgreifende Veränderungen in unseren Lebensgewohnheiten und Zielvorstellungen notwendig sein werden. Wir müßten, um es mit einem gebräuchlichen Schlagwort auszudrücken, ein «Nullwachstum» anstreben, ein Nullwachstum der Bevölkerung und der Wirtschaft.

Das Bevölkerungswachstum betrifft in der augenblicklichen Lage vor allem eine Reihe von Entwicklungsländern und ist daher nicht unsere Sache. Was uns in den reichen Ländern in erster Linie angeht, sind Industrialisierung, Luxus und Verschwendung und die damit verbundene Beanspruchung der natürlichen Ressourcen sowie die Belastung der Umwelt. Selbst ein Wachstumsstopp kann hier nur ein vorläufiges Nahziel sein. Auf längere Sicht werden wir unsere Ansprüche sogar zurückschrauben müssen, und zwar vor allem aus zwei Gründen:

Einmal werden zwar die Rohstoffe bei gleichbleibendem Verbrauch weniger schnell aufgezehrt als bei ständiger Steigerung des Bedarfs, aber unerschöpflich sind sie selbstverständlich auch dann nicht. Früher oder später werden sie in jedem Fall knapper und teurer werden und könnten, soweit sie importiert werden müssen, unter Umständen auch gar nicht mehr erhältlich sein, lange bevor sie vollständig aufgebraucht sind.

Zum andern ist zu bedenken, daß heute ein Drittel der Menschheit sieben Achtel der Ressourcen für sich beansprucht und daß sich folglich die übrigen zwei Drittel mit einem Achtel begnügen müssen. Im allergünstigsten Fall wird sich die Weltbevölkerung in einigen Jahrzehnten bei 8 bis 10 Milliarden Menschen stabilisieren. Sollten dann alle das Niveau der heutigen Industrieländer erreichen, dann würde das mindestens das Fünf- bis Sechsfache des jetzigen Rohstoff- und Energieverbrauchs bedeuten. Das wäre höchstwahrscheinlich nicht mehr tragbar und auf jeden Fall höchstens für sehr kurze Zeit überhaupt realisierbar.

Die Frage ist nun, wenn wir ernsthaft eine Einschränkung des Wirtschaftsvolumens ins Auge fassen wollen — und ich glaube, wir werden es tun müssen — ob wir dann nicht statt der ökologischen eine ökonomische Katastrophe heraufbeschwören. Nur eine geringfügige Zurückhaltung der Konsumenten in diesem Jahr hat bereits dazu geführt, daß in der Bundesrepublik für den kommenden Winter mit einer Million Arbeitsloser gerechnet wird. Um die erwünschte ökologische Wirkung zu erzielen, müßten wir aber mit Sparmaßnahmen von sehr viel größeren Dimensionen rechnen, und das nicht nur vorübergehend, sondern für die Dauer.

Es ist begreiflich, daß Wirtschaftler und Politiker, auch wenn sie nicht ausschließlich an ihren Profit oder an die nächste Wahl denken, vor solchen Radikalkuren zurückschrecken, und ebenso verständlich ist es, daß die Industriearbeiter derartigen Ideen mißtrauisch gegenüberstehen.

Andererseits scheint mir, daß doch an dem ganzen System etwas nicht in Ordnung sein muß, wenn Bescheidenheit und Sparsamkeit schädlich sein sollen. **Falsch daran ist, daß viel zu viele Menschen von**

der Großindustrie abhängig geworden sind, abhängig also von einem Erwerbszweig, der in der gegenwärtigen Situation in höchstem Maße krisengefährdet ist. Die Lösung kann demnach nur darin liegen, daß im Zusammenwirken mit einer bescheideneren Lebensweise eine Umstrukturierung angestrebt wird: arbeitsintensive bäuerliche und handwerkliche Klein- und Familienbetriebe müssen gegenüber einer fabrikmäßig betriebenen Landwirtschaft und einer hochrationalisierten Großindustrie gefördert werden.

In diesem Zusammenhang muß einem häufigen Mißverständnis vorgebeugt werden. Arbeitsintensive Landwirtschaft bedeutet nicht einen Rückgang der Produktion; durch den Einsatz von Maschinen kann man die Erträge pro Arbeitskraft steigern, dagegen nehmen die Hektarerträge, auf die es in Zukunft vor allem ankommen wird, eher etwas ab. Durch den Einsatz von mehr menschlicher Arbeitskraft ließen sich die Erträge also noch steigern. Geht man gar von der Energiebilanz aus, so erweist sich motorisierte Landwirtschaft als höchst ineffizient, denn in Kalorien gerechnet wird nur knapp die Energie zurückgewonnen, die man hineingesteckt hat, und vielfach werden gar Verlustgeschäfte gemacht. Hingegen erwirtschaftet der chinesische Reisbauer, der alle Arbeit mit den Händen ausführt, einen fünfzigfachen Kalorienüberschuß.

Es sei nochmals betont: wenn hier von einer Rückentwicklung die Rede ist, dann geht es weniger darum, ob wir sie wünschen oder nicht, sie wird uns aufgezwungen. Vielleicht können wir das Unvermeidliche noch etwas hinausschieben, aber dann werden wir uns später doch dazu bequemen müssen, nur unter sehr viel schwierigeren Voraussetzungen — wenn wir nicht gar den letztmöglichen Zeitpunkt endgültig verpassen.

De-Industrialisierung — Gewinn an «Lebensqualität»

Wir sollten aber solche Überlegungen nicht anstellen, ohne dabei auch an die zahlreichen negativen Auswirkungen der Industrialisierung zu denken, die den Gewinn an materiellem Wohlstand längst fragwürdig gemacht haben. Eine De-Industrialisierung würde also auch die unerwünschten Folgeerscheinungen mildern und manche vielleicht ganz zum Verschwinden bringen können.

Der Bedarf und damit die Abhängigkeit von nicht erneuerbaren Hilfsgütern und ihrem Import würde abnehmen. Wir wären weniger auf den Absatz von Industrieprodukten angewiesen und weniger konjunkturabhängig.

Dauerhafte Gebrauchsgüter und solide handwerkliche Arbeit würden wieder an Wert gewinnen und damit würde der Wegwerfmenta-

lität entgegengewirkt. Eine weitgehende Dezentralisierung würde ermöglicht; zahlreiche Transportbedürfnisse fielen dahin und der Material- und Energiebedarf würde weiter reduziert.

Vor allem aber könnten wieder mehr Menschen ihre Existenz aus eigener Kraft sichern. Es könnten sich kleinere, überschaubare, sich selbst erhaltende und regulierende Gemeinschaften auf bäuerlich-handwerklicher Grundlage bilden. Weniger zentrale Lenkung wäre nötig, eigene Initiative, selbstverantwortliches Handeln, individuelle schöpferische Tätigkeit könnte sich entfalten, mehr Demokratie wäre möglich.

Die Störanfälligkeit unserer Gesellschaft würde vermindert, zugleich nähmen auch die durch Fehlverhalten verursachten Störungen ab. Die Bereitschaft zur Kooperation würde wachsen.

Der Zerstörung natürlicher Landschaft, dem Verlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche würde zumindest Einhalt geboten, wenn auch das bereits Verlorene nur sehr langsam zurückgewonnen werden könnte. Lärm, Verschmutzung und Vergiftung der Umwelt würden ohne Aufwendung von Milliardenbeträgen zurückgehen.

Es ließe sich hierzu noch vieles sagen, aber ich muß mich damit begnügen, mit einigen flüchtigen Bemerkungen eine mögliche Entwicklung anzudeuten. Ich möchte nur noch hinzufügen: wenn wir das alles recht betrachten, wäre am Ende **ein einfaches Leben in einer einfacheren Welt so übel nicht**, und vielleicht wird uns dabei bewußt, daß der heute so überaus wichtig genommene, in DM ausdrückbare **«Lebensstandard» ein sehr unzuverlässiger Gradmesser für das Glück und die Zufriedenheit der Menschen** ist.

Fraglich bleibt allerdings, ob auf die Dauer die De-Industrialisierung ausreichen würde, um das Leben der westeuropäischen Länder ohne Belastung nicht erneuerbarer Ressourcen und ohne Benachteiligung der Entwicklungsländer zu ermöglichen. Einmal ist unsere Ernährung vom eigenen Boden nicht gesichert, wenigstens dann nicht, wenn wir von unseren heutigen Eßgewohnheiten ausgehen. Zum andern dürften bei der bestehenden hohen Bevölkerungsdichte die erneuerbaren Energiequellen bei aller Sparsamkeit nicht ausreichen. Ich sagte am Anfang schon, daß auch Europa überbevölkert ist. Ein Abbau der Industrie mag die akute Umweltkrise abwenden, aber ein ökologisches Gleichgewicht, das allein langfristig unser Überleben sicherstellen kann, wird wahrscheinlich nur durch eine Verringerung der Bevölkerung erreichbar sein.

Man hat mir vorgeworfen, ich redete über Dinge, von denen ich nichts verstehe und überdies böte ich auch noch billige Patentrezepte an. Ich sehe das anders. Es braucht kein Spezialwissen, um Klarheit über die Ursachen der gefährlichen Entwicklung und über den Ernst der entstandenen Situation zu gewinnen, und der gesunde Menschenverstand läßt uns erkennen, was grundsätzlich zu tun wäre.

Patentlösungen habe ich keine, im Gegenteil. Ich weiß, wie ungeheuer kompliziert das Wirtschaftsgefüge eines modernen Industriestaates ist. Wie im einzelnen die skizzierten Ziele ohne schwerwiegende Störungen zu erreichen sind, kann ich nicht sagen, und es wird wohl überhaupt wenige unter uns Natur-, Umwelt- und Lebensschützern geben, die das könnten. **Wir brauchen die Sachkenntnis von Ökonomen, Landesplanern, Finanzfachleuten, Juristen und anderen, wir brauchen die Hilfe der Politiker. Sie sind aufgerufen, an der Lösung der schweren Aufgabe, vor die wir gestellt sind, mitzuwirken.**

Nachtrag

Es wurde die Ansicht geäußert, ein Nullwachstum oder gar eine De-Industrialisierung seien undurchführbar und es gebe auch keine Fachleute, die Wege zur Verwirklichung solcher Ideen wüßten. Wenn das zuträfe, würde das also bedeuten, daß wir uns durch unsere Wirtschaftspolitik in den letzten Jahrzehnten in eine Situation manövriert haben, in der wir keine andere Möglichkeit mehr haben als den bisherigen Kurs beizubehalten, auch wenn er sich als falsch oder gar verhängnisvoll erweisen sollte. In bestürzender Weise kam das in der Meinung zum Ausdruck, daß Atomkraftwerke zwar äußerst schädlich und gefährlich seien, daß uns aber nichts anderes übrigbleibe, als sie dennoch zu bauen.

In lebenswichtigen Fragen, und um solche geht es hier, wird man sich allerdings mit einer derart eilfertigen Kapitulation vor den sogenannten Sachzwängen nicht zufriedengeben dürfen. Daß sich im übrigen bereits eine ganze Reihe von Wissenschaftlern und Wirtschaftsfachleuten ernsthafte und konkrete Vorstellungen über Wachstums-Stopp und «Ent-Entwicklung» zu machen versucht, sei durch den Hinweis auf Schriften und Diskussionsbeiträge von Boulding, Mishan, Carter, Binswanger, Küng, Goergescu-Roegen, Daly, Fritsch, Mansholt (!), Schumacher u. a. belegt. Ferner sind in diesem Zusammenhang zu nennen das im «Manifesto for Survival» niedergelegte Programm der britischen «Umwelt-Partei» PEOPLE sowie die DAI DONG-Declaration «Towards a Human Economics».

Von verschiedener Seite wurde befürchtet, daß durch Wachstumsbeschränkung oder «Negativwachstum» Arbeitslosigkeit hervorgerufen würde, und es wurde gar der Verdacht ausgesprochen, Professoren in fester Stellung und mit gesichertem Einkommen propagierten einen Umweltschutz, der auf Kosten der Arbeiter gehen soll. Das ist ein totales Mißverständnis, das nur zu erklären ist durch Unkenntnis der eigentlichen Probleme und der Absichten eines gesamthaften Umwelt- und Lebensschutzes. Dieser geht u. a. von der Tatsache aus, daß die Groß-

industrie heute in höchstem Maße krisengefährdet ist und es in Zukunft noch mehr sein wird. Es erscheint daher als ein dringendes Gebot, der Abhängigkeit eines großen Teils der Bevölkerung von ungesicherten und immer unsicherer werdenden Arbeitsplätzen in der Industrie entgegenzuwirken. Daß dies nicht durch noch mehr Industrie, das heißt durch noch mehr Rohstoff und Energieverbrauch und weiter erhöhte Produktion erreicht werden kann, ergibt sich aus der bereits spürbar werdenden Verknappung und Verteuerung der Rohstoffe und der Energie, aus der sich verändernden weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Situation und den daraus erwachsenden Absatzschwierigkeiten.

Der Vorschlag einer **De-Industrialisierung**, das heißt der Förderung arbeitsintensiver Klein- und Familienbetriebe entspringt daher nicht irgendwelchen eigennützigen Motiven, sondern wird im Sinne einer **Existenzsicherung der von Arbeitslosigkeit bedrohten Bevölkerungsteile** gemacht. Daß eine solche Umstrukturierung nicht erst dann in Angriff genommen werden kann und darf, wenn einige Millionen Arbeiter wegen ungenügender Rohstoff- und Energieversorgung bzw. wegen mangelnder Nachfrage nach Industrieprodukten auf der Straße stehen, sollte klar sein. (Siehe Ernest Bader, Red.)

In diesem Zusammenhang sei nachdrücklich vor der optimistischen Erwartung gewarnt, die derzeitige Rezession werde, wie frühere auch, vorübergehen und nachher könne die allgemeine Wachstums-Euphorie wieder Platz greifen. Es sprechen viele Anzeichen dafür, daß die augenblicklichen Schwierigkeiten von der Annäherung an die «Grenzen des Wachstums» herrühren, wie sie in den beiden Berichten an den Club of Rome postuliert worden sind, und daß sie folglich bei Fortsetzung der bisherigen Wirtschaftspolitik sich weiter verschärfen werden.

Es ist weiter gesagt worden, daß wir durch den Konkurrenzkampf mit anderen Ländern zu fortgesetztem Wirtschaftswachstum gezwungen seien. Abgesehen von der schlichten Unmöglichkeit, in einer Welt von gegebener endlicher Größe ein unbegrenztes Wachstum aufrechtzuerhalten, überzeugt dieses Argument auch dann nicht, wenn man nur an die nächsten ein bis zwei Jahrzehnte denken will. Wenn wir **durch Einschränkung unsere Abhängigkeit vom Ausland verringern**, das heißt uns in Richtung auf eine autarke Wirtschaft bewegen würden, dann sollte das **nicht zu einer Verschlechterung der Konkurrenz-Situation, sondern zu ihrer schrittweisen Aufhebung** führen. Daß dem Begriff der Autarkie in fortschrittsgläubigen Kreisen das Odium von Hinterwäldlertum anhaftet, sollte uns nicht daran hindern, das Notwendige ins Auge zu fassen und in Angriff zu nehmen.

Auch der Standpunkt, daß die Entwicklungshilfe weitere Industrialisierung in den reichen Ländern erfordere, beruht auf mangelnder Kenntnis der Probleme. Es ist nachgerade eine Binsenwahrheit, daß

den **Entwicklungsländern nicht geholfen werden kann, indem die Industrieländer einen noch größeren Anteil an den knapper werdenden Ressourcen beanspruchen als bisher.** Ferner zeigen die Erfahrungen unmißverständlich, daß kapitalintensive Industrie und rationalisierte Landwirtschaft die Lage in den Entwicklungsländern verschlechtern statt verbessern, weil sie die privilegierten Gruppen begünstigen, in den bedürftigen Bevölkerungsschichten jedoch neue oder vermehrte Abhängigkeiten schaffen und Massenarbeitslosigkeit hervorrufen.

O. Rohweder

Vortrag an der Tagung «Bund f. Lebensschutz», Wiesbaden, 30. Nov.-1. Dez. 74

Ein moderner Ausweg aus der Wirtschaftskrise

Eine durch das britische Parlament veranlaßte Erhebung — genannt «Königliche Kommission zur Frage von Einkommen und Vermögen aus Geschäftsbetrieben» — richtete sich auch an die Scott Bader Commonwealth, ein gemeinwirtschaftlich geführtes Unternehmen, auf welches wir in den «Neuen Wegen» schon öfters hingewiesen haben. Aus der Antwort des Gründer-Präsidenten des Commonwealth, Mr. Ernest Bader, möchten wir nachstehend die wichtigsten Passagen unseren Lesern mitteilen. Ernest Bader schreibt:

«Wenn ein Leitartikel der 'Financial Times', des hervorragenden kapitalistischen Blattes, in der Ausgabe vom 4. Januar 1975 öffentlich bekannt geben kann 'die Gefahr eines allgemeinen Zusammenbruchs, welchen die Bank of England letztes Jahr als unmittelbar möglich voraussah, ist nicht vermieden, sondern nur aufgeschoben', so dürfte man allgemein zustimmen, wenn ich behaupte, daß wir auf dem bisherigen Weg nicht mehr weiterkommen. Wie der Kommentator der 'Financial Times' in seiner Prognose für 1975 andeutet, ist es dringend notwendig, mit der heutigen Geschäftsgebarung Schluß zu machen. 'Zu hoffen sei nur', wie er sich ausdrückt, 'daß die Regierung den Mut aufbringe, eine schmerzliche Neu-Orientierung durchzustehen'.

Die entscheidenden Konsequenzen einer Neuordnung im Sinne der Scott Bader Commonwealth sehen wir so:

1. Wir glauben, die Struktur unserer Commonwealth biete eine Grundlage für die gerechte Verteilung des Arbeits-Ergebnisses der Firma, denn sie zeigt die Methode, wie alle daran Beteiligten — das heißt die Angestellten, die Firma, der Staat und die Lokalgemeinde, nicht allein in ihren berechtigten Ansprüchen zu befriedigen sind, son-